

## **Grundeinkommens-Enquetekommission muss das Thema umfassend und demokratisch diskutieren**

Das Netzwerk Grundeinkommen fordert eine Enquete-Kommission zum Grundeinkommen im Deutschen Bundestag. Diese soll das Thema Grundeinkommen angemessen hinsichtlich der sich zuspitzenden sozialen, politischen und ökologischen Situation diskutieren.

Diese Situation ist gekennzeichnet durch einen Naturressourcenverbrauch, der nicht verantwortbar ist, durch Klimaveränderungen, die insbesondere ärmere Menschen und Länder sowie die nachfolgende Generation treffen (werden), durch große Armut in den Ländern des globalen Südens und in Europa. Die Gesellschaften spalten sich, Radikalisierungen nehmen zu.

Für das Netzwerk Grundeinkommen als Teil der globalen, europäischen und deutschen sozialen und Grundeinkommensbewegung ist klar: das Grundeinkommen ist Teil einer solidarischen und ökologischen Gestaltung der Gesellschaften weltweit und in Europa. Daher fordern wir die Mitglieder des Deutschen Bundestages auf, in einer Enquete-Kommission das Grundeinkommen auch im Kontext einer wachstumskritischen, globalen und europäischen Sicht zu diskutieren – und die Debatten nicht auf eine nationale Sicht zu verengen.

Die Ergebnisse der Enquete-Kommission "[Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität](#)" und vor allem die [Kritiken](#) hieran zeigen, dass der Zusammenhang von bedingungsloser materieller Absicherung und notwendiger Minimierung des Ressourcenverbrauchs grundsätzlicherer Betrachtungen bedarf. Die internationale [Degrowth-Konferenz](#) in Leipzig im September 2014 zeigte beispielhaft, wie ökologische und soziale Fragen miteinander verbunden diskutiert werden können. Dies beinhaltet auch Fragen der umfassenden Demokratisierung und geschlechtergerechten Gestaltung von Gesellschaft und Ökonomie.

In der Europäischen Union leben 124 Millionen Menschen oder rund 25 Prozent der Bevölkerung in Armut oder sind von sozialer Ausgrenzung betroffen. Die Schere zwischen arm und reich geht nicht nur in Deutschland sondern auch in Europa immer weiter auseinander. Es regiert Zukunftsangst, Politikverdrossenheit breitet sich aus, nationalistische und rassistische Haltungen erstarken wieder. Ein soziales Europa ist ein zentraler Baustein für das dringend benötigte Gegengewicht zu diesen Entwicklungen. Zu den Forderungen gehört die Umverteilung zwischen armen und reichen Staaten, verbunden mit effektiver Armutsbekämpfung und Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Erwerbsarbeit. Das Grundeinkommen in Europa sollte hierbei eine zentrale Rolle spielen. Darüber hinaus sollte es um weitere soziale Mindeststandards gehen. Zu diskutieren ist, wie Deutschland eine wichtige Rolle bei der Einführung eines Grundeinkommens in Europa übernehmen kann. Das [Europäische Parlament](#) hat im Jahr 2010 den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union klare Prüfaufträge zum Grundeinkommen erteilt. Passiert ist bisher nichts. Über die Umsetzung des Prüfauftrags ist nun endlich ernsthaft zu diskutieren.

Das [Positionspapier](#) des Dachverbands Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe deutscher (VENRO) vom Jahresende 2014 verdeutlicht, dass Grundeinkommen unter dem Gesichtspunkt der Menschenrechte ein effektives Mittel der Armutsbekämpfung sein kann. Die 122 Mitgliedsorganisationen von VENRO fordern die Bundesregierung auf, Grundeinkommensprojekte im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu fördern. Dieser

Forderung schließen wir uns an. Die Nichtregierungsorganisation Oxfam hat in ihrer jüngsten [Studie](#) die schockierenden Zahlen über die soziale Ungleichheit auf der Welt benannt – Anlass genug, so finden wir, das Grundeinkommen im Kontext der Bekämpfung sozialer Ungleichheit weltweit auch in Deutschland zu diskutieren.

Die Enquete-Kommission Grundeinkommen kann dazu beitragen, das ideologische und von kurzfristigem Denken getragene Gezänk in und zwischen den Parteien zu vermindern. Denn allen sollte klar sein: Die Zukunft hängt an den sich immer drängender stellenden ökologischen und sozialen Fragen. Wenn Parteien das nicht begreifen und sich nicht in einen ernsthaften Dialog mit den sozialen Bewegungen und Bürgerinnen und Bürgern begeben, wird eine weitere Radikalisierung und Spaltung der Gesellschaft die Folge sein.

Daher schlagen wir vor, dass die Enquete-Kommission Grundeinkommen demokratischer gestaltet werden muss als vorangegangene Kommissionen.

Ein Gewinn für eine demokratische Kultur wären die Wahl einer bzw. eines fraktions- und parteiunabhängigen Vorsitzenden der Kommission sowie die gleichberechtigte Einbeziehung von NGOs/Zivilgesellschaft und von Vertretern des Europäischen Parlamentes und des Europäischen Netzwerkes Grundeinkommen (Unconditional Basic Income Europe) in die Arbeit der Kommission. Wir erwarten natürlich auch eine höchstmögliche Öffentlichkeit und Transparenz der Arbeit der Kommission sowie die Unterstützung von öffentlichen Bürgerforen und -konventen zum Thema Grundeinkommen, die die Arbeit der Enquete-Kommission begleiten sollen.

---

*Beschlossen auf der Mitgliederversammlung des Netzwerks Grundeinkommen  
am 21./22. Februar 2015 in Recklinghausen*